

MATERIALIEN FÜR GLOBALES LERNEN

Deutsch-peruanische Klimapolitik: Akteur*innen und Positionen Eine interaktive Annäherung an ein komplexes Thema

mit Spielanleitung, Einführung und Hintergrundinformationen



Herausgeberin:
Informationsstelle Peru e.V. Kronenstr. 16 HH
79100 Freiburg
info@infostelle-peru.de
www.infostelle-peru.de

Autor*innen: Elisa Bemmerl, Annette Brox, Heinz Schulze

Deutsch-peruanische Klimapolitik: Akteur*innen und Positionen

Eine interaktive Annäherung an ein komplexes Thema

Dieses Rollenspiel dient zur Einführung in die Klimapolitik Perus und die deutsch-peruanische Klimapartnerschaft. Es ist geeignet als Einstieg in ein Tagesseminar oder als eigenständige Unterrichtseinheit zu diesem Thema.

Altersgruppe: Erwachsene, Jugendliche ab 14 Jahren

Gruppengröße: Für größere Gruppen ab 20 Personen

Dauer: 3-4 Stunden

Kurzbeschreibung:

Die Teilnehmer*innen bereiten sich in fünf Kleingruppen, die fünf verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Gruppen repräsentieren, auf ein „Forum deutsch-peruanische Klimapolitik“ vor. Sie erhalten Informationen über die peruanische Klimaschutzpolitik, über deutsch-peruanische Kooperation zum Wald- und Klimaschutz und über die Positionen von indigenen und Umwelt-Organisationen in Peru.

Zunächst eignen sich die Teilnehmer*innen die Informationen und Positionen ihrer Gruppe an (ca. 45 Minuten).

Dann verhandeln die Gruppen in bilateralen Gesprächen miteinander, um sich auszutauschen und Bündnispartner für die eigenen Positionen oder Forderungen zu gewinnen. Danach stimmt jede Gruppe noch einmal kurz intern ihre weitere Strategie ab (ca. 45 Minuten).

Anschließend kommen sie zu einem von der Spielleitung moderierten „Forum deutsch-peruanische Klimapolitik“ zusammen, tauschen ihre Positionen aus und verhandeln über Abkommen und Strategien für einen besseren Wald- und Klimaschutz (60-90 Minuten).

Zum Abschluss werden die Ergebnisse gemeinsam reflektiert (ca. 30 Minuten).

Hinweise für die Spielleitung:

Im Anhang befindet sich das Material für die einzelnen Gruppen.

Eine ppt-Präsentation dient der gemeinsamen Einführung in das Rollenspiel.

Leitfragen für die Moderation des Forums:

Erste Runde: Klimagesetz

- an die peruanische Regierung: Sie haben ein neues Klimagesetz herausgegeben, mit dem sie den Klimanotstand erklärt haben. Das klingt ambitioniert. Was steht in dem Gesetz?
- an die Klimaschutzbewegung Mocicc und den indigenen Dachverband AIDASEP: Sind Sie zufrieden?

Zweite Runde: Gemeinsame Absichtserklärung

- an die deutsche Regierung: Warum eine Absichtserklärung gerade mit Peru? Was genau wird getan? Sind Sie zufrieden mit der Umsetzung?
- an die deutsche Soli-Gruppe: Unterstützen Sie das Engagement der Bundesregierung in Peru?
- an AIDASEP: Wie läuft das mit der Landtitulierung? Sind Sie zufrieden?

Dritte Runde:

- Vorschläge, wie der Klima- und Waldschutz in der Gesetzgebung und in der Gemeinsamen Absichtserklärung verbessert werden kann. Ziel: konkrete Vereinbarungen

Deutsch-peruanische Klimapolitik: Akteur*innen und Positionen

Anleitung für alle Gruppen

In der peruanischen Klimapolitik wurde in den letzten Jahren teilweise mit Deutschland zusammengearbeitet, Gesetze zum Klimaschutz wurden verabschiedet und Projekte beschlossen, die mit Geld aus Deutschland gefördert werden sollen. Dabei gibt es natürlich wie so oft verschiedene Akteur*innen, die unterschiedliche Standpunkte und Interessen vertreten.

Im folgenden Rollenspiel werdet Ihr Euch als Gruppe die Interessen und Standpunkte der Euch zugeteilten Akteur*innen zu Eigen machen und in dieser Rolle Positionen und Forderungen ausarbeiten. Danach folgt eine Phase der „Pendeldiplomatie“: Ihr könnt mit anderen Gruppen bilateral Gespräche aufnehmen, um Euch auszutauschen und Verbündete für Eure Positionen oder Forderungen zu gewinnen.

Anschließend findet das „Forum Deutsch-peruanische Klimapolitik“ statt, in welchem zwei Repräsentant*innen Eurer Gruppe Eure Position und Forderungen vor den Vertreter*innen der anderen Gruppen darlegen. Nach Präsentation aller Statements sollen die Vertreter*innen – weiterhin in der Rolle ihrer zugeteilten Gruppe – mit den anderen diskutieren. Wo gibt es ähnliche Forderungen und wo konträre? Wo mangelt es an Transparenz und Kommunikation? Wo kann für eine Verbesserung der deutsch-peruanischen Klimapolitik angesetzt werden? Was können wir als Zivilgesellschaft zu einem Gelingen beitragen?

Folgende Gruppen werden am Forum teilnehmen

1. Peruanische Regierung (Umwelt- und Landwirtschaftsministerium)
2. Indigener Dachverband AIDESEP
3. Bürgerbewegung gegen den Klimawandel MOCICC
4. Deutsche Regierung (Umweltministerium Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
5. Peru-Solidaritätsgruppe

Wichtige Erklärungen für alle Gruppen:

Nationally Determined Contributions (NDC), Nationale Klimaschutzbeiträge

Die NDC sind die National festgelegten Beiträge zur Reduzierung der CO₂-Emissionen, zu denen sich die nationalen Regierungen im Rahmen des Pariser Klimaschutz-Abkommens verpflichtet haben. Peru hat sich verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 30% zu verringern.

Declaración Conjunta de Intención (DCI), Gemeinsame Absichtserklärung

Die Gemeinsame Absichtserklärung DCI ist ein 2014 entstandenes freiwilliges Abkommen zwischen Peru, Norwegen und Deutschland. Ziel ist es die Treibhausgasemission aus Abholzung zu verringern. Dies soll vor allem durch die Ausweisung von Schutzgebieten und Landtitulierungen indigener Territorien geschehen, da indigene Gemeinden den Regenwald nachhaltiger schützen und bewirtschaften. Die Geberländer haben finanzielle Mittel für die Organisation und Durchführung der Landtitulierungen zugesagt. Diese Titulierungsprozesse gehen jedoch deutlich langsamer voran als geplant. 2021 sind die USA und Großbritannien dem Abkommen beigetreten.

Wie der Name schon sagt, ist die DCI eine Absichtserklärung, kein verbindliches Abkommen.

Decreto Supremo 003-2022-MINAM, Klimanotstandsgesetz

Das im Januar 2022 verabschiedete Dekret erklärt den Klimanotstand zum nationalen Interesse. Das Gesetz soll eine schnellere und effektivere Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ermöglichen, die bis 2030 signifikant Treibhausgasemissionen und Entwaldung mindern sollen. Dabei baut die Regierung u.a. auf eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft, unabhängige Kontrolle und Überwachung der Durchführung der Schutzmaßnahmen und die Förderung der Landtitulierungsprozesse für indigene Gemeinden.

Urteil des Verfassungsgerichts über die Vorab-Konsultation Das peruanische Verfassungsgericht hat im März 2022 geurteilt, dass das Recht indigener Völker auf Vorab-Konsultation bei Großprojekten, das in der ILO-Konvention 169 festgeschrieben ist, nicht im Einklang mit der peruanischen Verfassung steht.



PERÚ

Ministerio
de Desarrollo Agrario
y Riego



PERÚ

Ministerio
del Ambiente

Gruppe 1

Die peruanische Regierung:

Umweltministerium (Ministerio del medio Ambiente – MINAM)

Landwirtschaftsministerium (Ministerio de Desarrollo Agrario y Riego – MIDAGRI)

Ihr seid Vertreter*innen der beiden Ministerien. Eure Regierung hat am 25. Januar 2022 mit dem Obersten Dekret Nr. 003-2022-MINAM den **Klimanotstand** zum nationalem Interesse ausgerufen, um dringend Maßnahmen zur der Nationalen Klimaschutzbeiträge (NDC) bis 2030 zu ergreifen.

Für die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der **Gemeinsamen Absichtserklärung DCI** ist das Landwirtschaftsministerium in Zusammenarbeit mit den Regionalregierungen zuständig. Von indigenen Vertreter*innen gibt es immer wieder Kritik an der schleppenden Umsetzung und mangelnden Information und Beteiligung indigener Gemeinden. Auch gibt es Hinweise auf Korruptionsfälle in den Regionalbehörden.

Eure Aufgabe:

- Lest Euch die Informationen durch. Wenn Ihr mehr wissen wollt, könnt Ihr unter den Links weiter gehende Informationen finden.
- Fasst die wichtigsten Inhalte des Klimanotstandsgesetzes zusammen.
- Bereitet für das „Forum deutsch-peruanische Klimapolitik“ ein Statement vor: Werbt für das neue Gesetz und überzeugt die Teilnehmer*innen, dass Peru damit seine NDC erreichen wird.
- Wappnet Euch gegen Kritik wegen schleppender Umsetzung und Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit der DCI.
- Überlegt, mit welcher oder welchen Gruppe(n) ihr in der 2. Runde mit welchem Ziel in Verhandlung treten wollt.
- Nach den Verhandlungen stimmt Ihr noch einmal kurz gemeinsam Eure Strategie für das „Forum“ ab.
- Bestimmt zwei Mitglieder Eurer Gruppe, die die Haltung der peruanischen Regierung im „Forum“ vertreten.
- Euer Statement soll nicht länger als 5 Minuten sein.

Die peruanische Regierung und ihre Klimapolitik

Das Klimanotstandsgesetz

Mit dem Obersten Dekret Nr. 003-2022-MINAM will die Regierung zum globalen Ziel der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs beitragen. Die Klimamaßnahmen gehen einher mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung, Plänen für den wirtschaftlichen Aufschwung sowie die Verringerung der sozioökonomischen Unterschiede und die Verringerung der Risiken und der Anfälligkeit für die negativen Auswirkungen des Klimawandels.

Artikel 2 - Vorrangige Aktionslinien zur Unterstützung des Klimanotstands

- **Klimagovernance:** Strategien und Maßnahmen der Regierungen auf regionaler und lokaler Ebene zum Klimaschutz und zu Anpassungsmaßnahmen; Beteiligung der Zivilgesellschaft
- **Aufklärung über den Klimawandel,** Berücksichtigung des Themas in den Lehrplänen
- **Überwachung und Folgemaßnahmen:** Verbesserung des Katastrophenrisikomanagements und eines integrierten Management der Klimaveränderungen, regelmäßige Studien zu Auswirkungen und Anpassung an die Folgen des Klimawandels
- **Klimafinanzierung:** Suche nach und Bewertung von Finanzierungsquellen für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen
- **Menschenrechte und Klimagerechtigkeit:** Maßnahmen, die die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Klimawandels auf gefährdete Bevölkerungsgruppen mindern; Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Entwaldung

Artikel 3 - Vorrangige Maßnahmen für den Klimanotstand

Verschiedene vorrangige Maßnahmen müssen innerhalb eines Zeitraums von höchstens 180 Arbeitstagen durchgeführt werden:

3.1 Das **Umweltministerium** erarbeitet einen Vorschlag zur Aktualisierung der Nationalen Strategie zum Klimawandel mit einer Vision bis zum Jahr 2050 durch einen Obersten Erlass

3.2 Das **Umweltministerium** verteilt nationale und internationale Finanzmittel zur Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung (REDD+). **Profronanze**¹ verwaltet die Mittel.

3.3 Die **Hochrangige Kommission zum Klimawandel** schlägt Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen vor, um die Treibhausgasemissionen um 40% zu reduzieren (bisheriges Ziel 30%).

3.4 Das **Gesundheitsministerium** ergreift im Rahmen der NDC Maßnahmen zur Anpassung im Gesundheitsbereich und verabschiedet Leitlinien für die Einbeziehung des Risikomanagements zum Klimawandel in den Gesundheitssektor.

3.5 Das **Produktionsministerium** genehmigt die Leitlinien für die Einbeziehung des Risikomanagements zum Klimawandel in die Investitionsprojekte für Kleinfischerei.

3.6 Das **Wirtschafts- und Finanzministerium** entwickelt in Abstimmung mit dem Umweltministerium geeignete Instrumente und Maßnahmen zur Festlegung des Kohlenstoffpreises.

3.7 Das **Energie- und Bergbauministerium** baut in Abstimmung mit dem Umweltministerium die Nutzung erneuerbarer Energieressourcen aus mit dem Ziel, bis 2030 einen Anteil von 20% der Stromproduktion zu erreichen (2018: 10,6%).

3.8 Das **Energie- und Bergbauministeriums**

- fördert Programme und Maßnahme zur effizienten Energienutzung im öffentlichen Sektor, im produzierenden Gewerbe, im Dienstleistungssektor, im Wohnungsbau und im Verkehrssektor;
- fördert Programme zur Umstellung der Verwendung von Brennholz, Dung, Kohle und anderen umweltschädlichen Brennstoffen auf andere saubere Energiequellen für den Hausgebrauch;
- fördert Programme zur Entwicklung von Technologien zur Nutzung und Produktion von grünem Wasserstoff;
- schafft Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen und Maßnahmen zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien.

3.9 Das **Landwirtschaftsministerium** und die Forstbehörde SERFOR entwickeln Maßnahmen zur Stärkung der Forstverwaltung und zur Kontrolle der Entwaldung, mit dem Ziel die Entwaldung bis 2030 um bis zu 30% zu reduzieren. Sie fördern eine nachhaltige Landwirtschaft durch

- die Vergabe von Landtiteln an indigene Gemeinschaften;

¹ Profonanze: Peruanischer Treuhandfonds für Nationalparks und Schutzgebiete, stellt Finanzmittel zur Verfügung und entwickelt Strategien zur Erhaltung und Verwaltung von Schutzgebieten

- die Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen zur Unterstützung der Regionalregierungen in diesem Bereich;
- die Aufnahme von Anpassungs- und Minderungskriterien in den Aktionsplan für die zweite Agrarreform;
- Maßnahmen zur besseren Kontrolle illegaler Landnahmen und Entwaldung;
- Studien über das Ausmaß des illegalen Holzeinschlags und des illegalen Holzhandels in Peru;

3.10 Die **Regionalregierungen** legen in Abstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium Prioritäten für die Reduzierung der Entwaldung fest:

- Regelungen zur Ausstellung von Besitznachweisen gemäß den geltenden forstwirtschaftlichen Rechtsvorschriften,
- Leitlinien zur effizienten Durchführung von Projekten für natürliche Infrastrukturen, Bepflanzung und Wassergewinnung, vor allem im Oberlauf von Wassereinzugsgebieten, die durch den Klimawandel gefährdet sind.

3.11 Das **Verkehrsministerium** schlägt Maßnahmen vor

- zur Förderung der Einführung von Elektro-, Hybrid- und mit grünem Wasserstoff betriebenen Fahrzeugen,
- zur Förderung der Elektromobilität mit Schwerpunkt auf dem städtischen Verkehr.

Gemeinsame Absichtserklärung DCI – Schwierigkeiten bei der Landtitulierung

Im Rahmen der DCI sollten in Peru bis 2020 elf Millionen Hektar Wald als Schutzgebiete ausgewiesen werden, davon fünf Millionen als titulierte Land von indigenen Gemeinden. Bis 2020 waren von den elf Millionen aber kaum mehr als die Hälfte, von den fünf Millionen etwas mehr als 1,9 Millionen Hektar erreicht. 2020 verzögerte die Pandemie die Verwaltungsverfahren in den zuständigen Behörden der Regionalregierungen. Aber auch vorher gab es Verzögerungen.

In Peru ist die Generaldirektion für Klimawandel und Wüstenbildung im Umweltministerium für die Umsetzung des Abkommens zuständig. Ein eigenes Referat gibt es nicht. Für die Titulierung des Gemeindelandes ist wiederum das Landwirtschaftsministerium verantwortlich, das die Umsetzung vor Ort mit den Landwirtschaftsabteilungen der Regionalregierungen koordiniert. Deren Budgets sind begrenzt. Für die Titulierung gibt es keine standardisierten Verfahren. Und das Thema hat nicht unbedingt Priorität in den Behörden. Es kam auch schon zu Ermittlungen gegen Beamte wegen organisierter Kriminalität wegen Landhandel. Auch dadurch gerieten Titulierungsprozesse ins Stocken.

Zwischen 2016 und 2021 wurden mehr als 16,5 Millionen USD ausgegeben. Der größte Betrag, nämlich knapp 62 Prozent, entfällt auf Zahlungen für Berater*innen und Dienstleistungen. Dazu gehört die Arbeit von lokalen Fachleuten und Techniker*innen, wie z.B. die Feldarbeit zur Titulierung oder Erweiterung indigener Gebiete.

Quellen:

<https://www.pressenza.com/es/2022/02/declaracion-de-emergencia-climatica-una-respuesta-a-las-nuevas-generaciones/>

<https://cdn.www.gob.pe/uploads/document/file/2783102/DS.%20003-2022-MINAM.pdf.pdf>

<https://www.infostelle-peru.de/klimawandel-und-umwelt/deutsch-norwegischer-klimafonds-fuer-indigene-territorien-in-peru/>



Gruppe 2

Indigener Dachverband AIDESEP

Ihr seid Vertreter*innen des indigenen Dachverbandes AIDESEP (Asociación Interétnica de Desarrollo de la Selva Peruana, dt. Interethnische Vereinigung für die Entwicklung des peruanischen Regenwaldes). AIDESEP, gegründet 1980, ist die wichtigste Organisation der indigenen Völker des peruanischen Amazonasgebiets, die sich für deren Interessen und Rechte einsetzt. Sie vertritt 1800 Gemeinden, 109 Verbände und 9 regionale Organisationen.

AIDESEP hat sich immer wieder aktiv und kompetent für den Schutz des Regenwaldes eingesetzt und dafür, dass die nationalen und internationalen Maßnahmen und Projekte, die meistens „von oben“ geplant wurden und werden, nicht ohne eine transparente und wirkliche Mitbestimmung der indigenen Organisationen stattfindet.

AIDESEP hat sich sowohl zum neuen Klimanotstands-Gesetz positioniert als auch zur bisherigen Umsetzung der Gemeinsamen Absichtserklärung DCI. Hierzu hat die Organisation mehrere öffentliche Erklärungen und offene Briefe herausgegeben.

Eure Aufgabe:

- Lest Euch die Informationen durch. Wenn Ihr mehr wissen wollt, könnt Ihr unter den Links weiter gehende Informationen finden.
- Zieht auf der Grundlage der Informationen Bilanz: Hat die Gemeinsame Absichtserklärung DCI für die indigenen Gemeinden Fortschritte gebracht? Welche? Was sind die wichtigsten Kritikpunkte?
- Bereitet für das „Forum deutsch-peruanische Klimapolitik“ ein Statement vor: Fasst Eure Haltung zum neuen Klimanotstands-Gesetz und an der DCI prägnant zusammen. Formuliert Forderungen an die peruanische und an die deutsche Regierung.
- Überlegt, mit welcher oder welchen Gruppe(n) ihr in der 2. Runde mit welchem Ziel in Verhandlung treten wollt.
- Nach den Verhandlungen stimmt Ihr noch einmal kurz gemeinsam Eure Strategie für das „Forum“ ab.
- Bestimmt zwei Mitglieder Eurer Gruppe, die die Positionen von AIDESEP im Forum vertreten und ihre Forderungen stellen.
- Euer Statement soll nicht länger als 5 Minuten sein.

Stellungnahme zum Dekret 003-2022 (Klimanotstandsgesetz)

Obwohl es wichtig und dringlich ist, wirksame Maßnahmen zur Bewältigung des Klimanotstands vorzuschlagen, ist das Dekret nur ein winziger Schritt. Neue bürokratische Hürden verhindern positive Schritte zu Veränderungen. Unsere Kritik im Einzelnen:

- Die Ziele der Nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs) können nicht umgesetzt werden, da kein Geld hierfür bereitgestellt wird.
- Die Gremien der indigenen Völker werden nicht gestärkt, da auch hierfür Gelder fehlen.
- Auch die Ministerien, Regionalregierungen und Gemeinden verhindern den Klimawandel nicht, weil sie den klimaschädlichen Extraktivismus fördern.
- Die Nationale Strategie zum Klimawandel der Regierung muss so aktualisiert werden, dass es Fortschritte im Kampf gegen den Klimawandel gibt, aber auch die Rechte indigener Völker gewährleistet werden.

Wir begrüßen, dass das Landwirtschaftsministerium (MIDAGRI) die Titulierung von indigenen Territorien als Priorität benennt. Das ist allerdings schon lange seine Pflicht, die es nicht erfüllt. Die Titulierung ist vor allem Aufgabe der Regionalregierungen, die hier gar nicht genannt werden. Sehr wohl genannt werden sie aber die Vergabe von Besitztiteln, was die Kolonisierung und Besetzung indigener Gebiete gefördert. Auf diesen eigentlich indigenen Gebieten werden dann Monokulturen und illegale Kulturen sowie Landhandel gefördert.

Eine weitere Kontroverse besteht darin, dass mit dem Dekret die Macht von Profonanpe² ausgeweitet wird, indem Profonanpe die Verwaltung aller mit REDD+³ zusammenhängenden Klimafinanzierungen übertragen wird. Dabei hat Profonanpe schon alle natürlichen Schutzgebiete an sich gezogen, was zu zahlreichen Konflikten aufgrund von Aggressionen gegenüber den Rechten indigener Völker führt.

Deshalb fordern wir eine Verbesserung des Gesetzes um folgende Aspekte:

- Die Ministerien und Regionalregierungen müssen ihre Mittel umverteilen bzw. aufstocken und damit mehr als 1000 Gemeinden mit Titeln ausstatten. Außerdem muss der ganzheitlichen indigenen Bioökonomie der Vorzug gegeben werden, nicht dem Extraktivismus und der Beteiligung an illegalen Holz-, Bergbau- und Agargeschäften.
- Die Besitzzertifikate im Amazonasgebiet müssen umgestaltet und die Korruption beseitigt werden, damit nicht länger in indigene Gebiete eingedrungen wird und illegale Handlungen begünstigt werden.
- Die Weiterleitung von REDD+-Mitteln zur Klimafinanzierung an indigene Völker muss gemeinsam mit den indigenen Gemeinden organisiert und nicht vertikal über Profonanpe aufgezwungen werden.

Wir brauchen wirksame Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise, bei denen die Rechte indigener Völker respektiert werden und weniger Bürokratie anfällt.

² Profonanpe: Peruanischer Treuhandfonds für Nationalparks und Schutzgebiete, stellt Finanzmittel zur Verfügung und entwickelt Strategien zur Erhaltung und Verwaltung von Schutzgebieten

³ REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation): Konzept zum Schutz von Wäldern als Kohlenstoffspeicher; Grundidee sind Zahlungen für mess- und überprüfbare Emissionsreduzierungen durch Waldschutzmaßnahmen in Ländern des Globalen Südens

Kritik an der DCI: Offene Briefe an das Umweltministerium und an die an der DCI beteiligten Regierungen

Im Rahmen der DCI sollten in Peru bis 2020 elf Millionen Hektar Wald als Schutzgebiete ausgewiesen werden, davon fünf Millionen als titulierte Land von indigenen Gemeinden. Bis 2020 waren von den elf Millionen aber kaum mehr als die Hälfte, von den fünf Millionen etwas mehr als 1,9 Millionen Hektar erreicht. 2020 verzögerte die Pandemie die Verwaltungsverfahren in den zuständigen Behörden der Regionalregierungen. Aber auch vorher gab es Verzögerungen.

Zwischen 2016 und 2021 wurden mehr als 16,5 Millionen USD ausgegeben.

Offener Brief vom 14. Januar 2022

Dies ist das sechste Mal, dass wir uns zu diesem Thema äußern, und wir sind zutiefst beunruhigt über die nationale und internationale Verwaltung und das Durcheinander bei der DCI und die Missachtung indigener Organisationen. Seit Jahren gibt es immer wieder die gleichen Verhandlungen, bei denen wir zwar ein Mitspracherecht haben, auf die jedoch keinerlei Konsequenzen folgen. Es ist nicht akzeptabel, dass so viel Unbestimmtheit, Unentschlossenheit und mangelnder Respekt in der staatlichen Zusammenarbeit mit indigenen Völkern herrscht. Auch jetzt, beim Plan für 2022, wird zusätzlich das Recht auf eine gleichberechtigte Beteiligung der indigenen Bevölkerung verletzt. Erst jetzt werden wir einbezogen, nachdem der Plan bereits fertiggestellt wurde, und zwar von den Regionalregierungen, die Extraktivismus und Entwaldung fördern, und von staatlichen Stellen, die nachweislich unfähig sind, die Zerstörung zu stoppen. Der schwerwiegende Irrtum des Plans besteht weiterhin darin, dass durch mehr Agrarindustrie und durch vermeintlich "grüne" nationale und regionale Behörden die extraktivistische Gewalt und mit ihr Abholzung und Gewalt gegen Indigene und Umweltschützer*innen gestoppt werden. Wir fordern Anpassungen des Plans mit Maßnahmen für echte Veränderungen, die anstatt sie auszuweiten auf ein Minimum reduziert wurden, z.B.

- die Titulierung von Gemeindeland und Ausbau der Bioökonomie,
- Sanktionierung von Landhandel,
- Begrenzung von Monokulturen und Agrarindustrie,
- gemeinschaftliche Überwachung,
- Unantastbarkeit der Gebiete, in denen unkontaktierte Völker leben,
- Schutz für indigene und Umweltverteidiger*innen und vieles mehr.

Wir fordern, dass die seit 2017 bestehenden Vereinbarungen zwischen dem Umweltministerium (MINAM) und AIDESEP eingehalten werden und dass wir nicht nur für den "partizipativen Schein" benutzt werden. Das heißt, dass unsere Vorschläge einbezogen werden müssen und garantiert sein muss, dass sie durch unsere eigenen Organisationen umgesetzt werden.

Offener Brief vom 2. März 2022

Wir, fünf indigene Organisationen aus dem peruanischen Amazonasgebiet, vertreten in Isolation lebende Völker und fordern, dass der Schutz der Rechte dieser Völker in den vereinbarten Umweltprogrammen garantiert wird. Wir sind besorgt über Vereinbarungen zur Waldbewirtschaftung in Loreto, wo es unrechtmäßige Konzessionen in indigenen Schutzgebieten gibt. Die Regionalregierung von Loreto und die Forstbehörde (Serfor) haben es versäumt, diese illegalen Konzessionen aufzuheben. Bevor die Regierung und Serfor Mittel für neue Projekte erhalten, fordern wir, dass sie die Konzessionen zurücknehmen, die die Existenz von Völkern in Isolation bedrohen.

Das Programm für nachhaltige Entwicklung und Management, das von der deutschen Entwicklungsbank KfW finanziert wird, sieht die Finanzierung von Maßnahmen zur "Ausweitung und Verbesserung der nachhaltigen Forstwirtschaft" in neun Regionen, darunter Loreto, vor. Angesichts der bisherigen Arbeitsweise der Regionalregierung und von Serfor bei der Waldbewirtschaftung und dem Schutz der Rechte von Völkern in Isolation besorgt uns dies sehr. Der Staat gefährdet die Existenz der in Isolation lebenden Völker, indem er die Forstkonzessionen in den indigenen Schutzgebieten nicht aufhebt oder verlagert. Es ist erwiesen, dass die Regionalregierung seit Oktober 2015 bis heute 47 illegale Forstkonzessionen in zwei indigenen Schutzgebieten erteilt hat.

Es ist nun zu hoffen, dass die Umweltprogramme der Regierungen Norwegens, Deutschlands, der USA und Großbritanniens sicherstellen können, dass die Rechte der in Isolation lebenden Völker respektiert werden.

Kritik am Verfassungsgericht

Erklärung zum Urteil des Verfassungsgerichts über die Vorab-Konsultation vom 4. März 2022

Das peruanische Verfassungsgericht hat vor kurzem geurteilt, dass das Recht indigener Völker auf Vorab-Konsultation bei Großprojekten, das in der ILO-Konvention 169 festgeschrieben ist, nicht im Einklang mit der peruanischen Verfassung steht.

Damit entzieht das Verfassungsgericht den indigenen Völkern ein fundamentales Instrument für den Zugang zum Rechtssystem, um ihre Rechte zu verteidigen – nicht nur das Recht auf Vorab-Konsultation, sondern auch das Recht auf Land, auf Selbstbestimmung, auf interkulturelle Bildung und Gesundheit u.a.

200 Jahre nach Gründung der Republik zeigt das höchste Gericht damit den weiter existierenden Rassismus gegen indigene Völker, denen damit eines ihrer Grundrechte abgesprochen wird.

Wir fordern eine sofortige Korrektur des Verfassungsgerichtsurteils, die klarstellt, dass das Recht auf Anhörung Verfassungsrang hat und ein Grundrecht ist.

Wir fordern, dass Präsident Pedro Castillo und der Vizeminister für Interkulturalität sich unverzüglich gegen das jüngste Urteil des Verfassungsgerichts aussprechen.

Quellen:

<http://aidesep.org.pe/noticias/pronunciamiento-emergencia-climatica-o-burocratica-exigimos-medidas-eficaces-con-respeto>

<http://aidesep.org.pe/sites/default/files/media/noticia/Carta N° 020-2022-Aidesep Minam DCI fase II.pdf>

<https://www.infostelle-peru.de/klimawandel-und-umwelt/deutsch-norwegischer-klimafonds-fuer-indigene-territorien-in-peru/>

https://www.servindi.org/actualidad-noticias/02/03/2022/organizaciones-indigenas-solicitan-proteccion-de-derechos-de-aislados?utm_source=pocket_mylist

<http://aidesep.org.pe/sites/default/files/media/noticia/Carta%20N%C2%B0%20095-2022-Aidesep%20DCI%20Banco%20Alem%C3%A1n.pdf>

<http://www.aidesep.org.pe/noticias/pronunciamiento-los-pueblos-indigenas-amazonicos-rechazamos-el-racismo-del-tribunal>



Gruppe 3

Klimaschutzinitiative Mocicc

Ihr seid Vertreter*innen der Bürgerinitiative gegen den Klimawandel Mocicc (Movimiento Ciudadano frente al Cambio Climático). Mocicc ist ein Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen und wurde 2009 gegründet. Thematische Schwerpunkte sind das Amazonasgebiet, saubere und nachhaltige Energie, urbane und klassische Landwirtschaft und die Umsetzung der Nationalen Klimaschutzbeiträge NDC.

Mocicc ist eine junge, überwiegend städtisch geprägte Klimaschutz-Bewegung. Sie kritisiert die peruanische Klimapolitik als unzureichend. Und sie unterstützt auch indigene Organisationen in ihren Forderungen nach dem Schutz ihrer Territorien und des Regenwaldes. Die Gemeinsame Absichtserklärung ist für Mocicc aber eher undurchsichtig, hierüber hat die Bewegung keine näheren Informationen.

Mocicc nimmt auch an den Weltklimagipfeln teil und macht auf das Thema Klimagerechtigkeit und die Verantwortung des Globalen Nordens aufmerksam.

Eure Aufgabe:

- Lest Euch die Informationen durch. Wenn Ihr mehr wissen wollt, könnt Ihr unter den Links weiter gehende Informationen finden.
- Arbeitet die wichtigsten Kritikpunkte an der peruanischen Regierungspolitik heraus.
- Formuliert auch Kritik und Forderungen aus Eurer Perspektive an die deutsche Bundesregierung. (Dabei könnt Ihr Euch auf den einführenden Vortrag heute Morgen beziehen.)
- Überlegt, mit welcher oder welchen Gruppe(n) ihr in der 2. Runde mit welchem Ziel in Verhandlung treten wollt.
- Nach den Verhandlungen stimmt Ihr noch einmal kurz gemeinsam Eure Strategie für das „Forum“ ab.
- Bestimmt zwei Mitglieder Eurer Gruppe, die die Kritik von Mocicc im „Forum deutsch-peruanische Klimapolitik“ engagiert vertreten.
- Euer Statement soll nicht länger als 5 Minuten sein.
- Wenn Ihr wollt, könnt Ihr Euch auch eine kurze kreative/provokante Aktion beim Forum überlegen, mit der Ihr Eure Anliegen deutlich machen wollt.

Die NDC – peruanische Verpflichtungen zum Klimaschutz und ihre Umsetzung

Der peruanische Staat hat sich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 30% (89,4 MtCO₂) im Vergleich zum „Business-As-Usual“ zu reduzieren, wobei 10% von der internationalen Kooperation abhängig sind.

Das Klimaengagement und das Pariser Abkommen

Die Unterzeichnerstaaten des Pariser Abkommens müssen ihren Verpflichtungen nachkommen, auch Peru. Dies ergibt sich aus Artikel 55 und der Vierten Schluss- und Übergangsbestimmung der peruanischen Verfassung sowie aus Artikel V des Vorläufigen Titels der peruanischen Verfassungsprozessordnung.

Der erste Fehler bei der Verpflichtung zur Einhaltung der NDCs ist jedoch die Art und Weise der Festlegung der Verpflichtung. Das Pariser Abkommen ist der internationale Standard, aus dem die NDCs abgeleitet werden, aber es sagt den Staaten nur, dass sie Minderungsmaßnahmen "fördern" müssen, um das Ziel zu erreichen. Die NDCs werden in Form von Prozentsätzen angegeben. Ohne verpflichtende Minderungsmaßnahmen kann das Ziel aber nicht erreicht werden.

Eine unzureichende innenpolitische Agenda

Ein zweites Problem für das Erreichen des NDC-Ziels ist die Art und Weise, wie sich das Konzept im peruanischen Recht niederschlägt. Auf nationaler Ebene wurden zwei staatliche Gruppen für die Arbeit an den NDCs eingerichtet: die Multisektorale Kommission von 2015 und die Arbeitsgruppe von 2018. Beide Gruppen hatten die Aufgabe, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu entwickeln und Verantwortlichkeiten für die Erreichung des 30%-Ziels festzulegen. Die Arbeitsgruppe 2018 (die nur aus Ministeriumsvertreter*innen besteht) hat 62 Reduktionsmaßnahmen identifiziert, die aber nur 23,3% der peruanischen Treibhausgasemissionen reduzieren würden. So bleibt ein Delta von 6,7% auf die Verpflichtung von 30%. Dies ist bereits eine Verletzung der internationalen Verpflichtung durch den peruanischen Staat.

Nur für 12 von 63 formulierten Voraussetzungen, die die Maßnahmen zur Umsetzung der NDC ermöglichen sollen, sind Haushaltsmittel zur Realisierung vorgesehen.

Im Jahr 2012 machten die Treibhausgasemissionen aus dem Forst- und Landnutzungssektor knapp 51% der nationalen Emissionen aus. Zwischen 2001 und 2020 hat das peruanische Amazonasgebiet 2,6 Mio. Hektar Waldfläche verloren. Trotzdem beziehen sich nur 8 der 62 Minderungsmaßnahmen auf den Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft. Und nur drei von ihnen verfügen über einen durchkalkulierten Etat. Das ist völlig unzureichend.

Die politische Realität

In der Realität der peruanischen Politik spiegeln sich die guten Absichten, die in den NDCs zum Ausdruck kommen, nicht wider. Der prognostizierte Verlauf, wonach der Höhepunkt der nationalen Emissionen im Jahr 2017 erreicht werden sollte, ist nicht eingetreten. Einschlägige Maßnahmen beschränken sich derzeit auf die Fortführung einiger weniger Schlüsselinitiativen wie das Nationale Waldschutzprogramm. In den letzten drei Jahren haben die Regierung, der Kongress und die Stadtverwaltung von Lima vielmehr gemeinsam gegen die NDCs gearbeitet. Fünf konkrete Beispiele:

1. Die Politik des Bürgermeisters von Lima (2015-2018), Luis Castañeda Lossio, der Straßenbauarbeiten von zweifelhafter Qualität den Vorrang gab (darunter Brücken, die innerhalb weniger Monate "zusammenbrechen"), hat den motorisierten Individualverkehr in der Hauptstadt, die eine der schlechtesten Luftqualitäten des Kontinents aufweist, weiter erhöht. Eine Verkehrsplanung, die den nicht motorisierten Verkehr fördert und Grünflächen ausweitet, wurde abgelehnt. Eine Initiative zur Schaffung eines großen Naturschutzgebiets auf den Hügeln von Lima, dem letzten Überbleibsel eines naturnahen Ökosystems in der Stadt, das durch Zersiedelung und Zementfabriken stark bedroht ist, wurde fahrlässig nach hinten verschoben.
2. Zahlreiche von den Bergbau- und Erdölunternehmen öffentlich unterstützte Gesetzesinitiativen von Regierung und Parlament zielen darauf ab, die Kompetenzen des Umweltsektors zu beschneiden und einzuschränken. Seine Stellung innerhalb des Staatsapparats soll geschwächt werden, um Investitionen zu fördern.
3. Kongressabgeordneten der Mehrheitspartei (Fuerza Popular) haben wiederholte Initiativen zur Missachtung des Verfassungsauftrags zum Schutz des Naturerbes und der indigenen Völker in Isolation gestartet. So ha-

ben sie beispielsweise die Erschließung der letzten ausgedehnten Wälder Perus gefördert und Vorsichtsmaßnahmen wie das Verbot des Schwemmlandabbaus mit Baggern und ähnlichen Geräten in Gewässern außer Kraft gesetzt.

4. Die Zentralregierung hat im Kampf gegen den illegalen Bergbau kapituliert. Mit einer Reihe von Maßnahmen hat sie den Status quo des "informellen" Bergbaus weiter verlängert und ausgeweitet und damit ermöglicht, Gold mit großen Umweltschäden zu fördern und frei zu vermarkten. Die Kontrolle der "großen Fische" des organisierten Verbrechens und der gemeinen Kriminalität, die in den informellen und illegalen Bergbaubieten herrschen, hat der Staat weitgehend aufgegeben. (Ökologisch und sozial gibt es keinen Unterschied zwischen informellem und illegalem Bergbau.) Auch bei der Kontrolle des illegalen Holzeinschlags, des Landhandels und der Ermordung von Umweltschützer*innen und beim Schutz indigener Territorien hat der Staat versagt.
5. Auf Klimaereignisse wie den Küsten-Niño und vorhersehbare Notlagen im Zusammenhang mit dem Klimazyklus, wie z. B. Waldbrand-"Saisons" im Hochland und im Amazonasgebiet sowie Winterfröste in den Anden reagiert der Staat nur zögerlich und reaktiv.

Kurz gesagt, Peru bereitet sich nicht wirklich auf den Klimawandel vor und trägt auch nicht zu seiner Eindämmung bei. Im Gegenteil, es steuert auf die schlimmsten Folgen zu und trägt derzeit zu deren Beschleunigung bei.

Wir fordern:

- Räume für eine echte Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen
- Eine aktive Beteiligung der vom Klimawandel betroffenen Völker
- Eine ernsthafte Debatte zur Förderung erneuerbarer Energiequellen

Quellen:

<https://mocicc.org/linea-de-accion/compromisos-climaticos/>

<https://es.mongabay.com/2021/10/peru-aumenta-deforestacion-cifras-bosques/>

<https://mocicc.org/wp-content/uploads/2022/02/mocicc-recursos-T-WEB-PAGINAS-CambioClimaticoenelPeru.pdf>

Infografía Cambio Climático, Mocicc



Gruppe 4

Deutsche Regierung:

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und BMUV (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz)

Ihr seid Vertreter*innen der beiden Ministerien, die für Klima- und Waldschutzprojekte in Peru zuständig sind.

Ihr habt zusammen mit der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) schon einige Waldschutzprojekte durchgeführt.

Seit 2014 arbeitet Ihr mit Peru im Rahmen einer „Gemeinsamen Absichtserklärung“ zum Schutz des Amazonas-Regenwaldes zusammen.

Die Deutsche Solidaritätsgruppe hat bereits öfter nach näheren Informationen bei Euch nachgefragt. Ihr wisst nicht, welche Informationen Ihr herausgeben dürft. Außerdem wisst Ihr sowieso nicht, wo Euch der Kopf steht, die Verhandlungen mit der peruanischen Regierung und die Umsetzung der Projekte sind schwierig genug. Da habt Ihr nicht noch Zeit, auch noch Infos aufzuarbeiten.

Eure Aufgabe:

- Lest Euch die Informationen durch. Wenn Ihr mehr wissen wollt, könnt Ihr unter den Links weiter gehende Informationen finden.
- Überlegt auf der Grundlage der Informationen, ob Ihr aus Sicht der deutschen Bundesregierung mit der Gemeinsamen Absichtserklärung und den Waldschutzprojekten zufrieden seid. Soll die Partnerschaft fortgesetzt werden?
- Bereitet für das „Forum deutsch-peruanische Klimapolitik“ ein Statement vor: Erklärt den Teilnehmer*innen zunächst die Grundzüge der Gemeinsamen Absichtserklärung und der Waldschutzprojekte des BMZ. Und überzeugt sie dann davon, dass die Bundesrepublik mit diesen Instrumenten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Wappnet Euch gegen mögliche Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft.
- Überlegt, mit welcher oder welchen Gruppe(n) ihr in der 2. Runde mit welchem Ziel in Verhandlung treten wollt.
- Nach den Verhandlungen stimmt Ihr noch einmal kurz gemeinsam Eure Strategie für das „Forum“ ab.
- Bestimmt zwei Mitglieder Eurer Gruppe, die die Haltung der Bundesregierung im Forum vertreten.

- Euer Statement soll nicht länger als 5 Minuten sein.

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Peru (BMZ)

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Peru konzentriert sich auf drei Schwerpunkte:

- Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen
- Nachhaltige Stadtentwicklung in Zeiten des Klimawandels
- Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung

Tropenwald durch nachhaltige Forstwirtschaft schützen

Wir beschränken uns hier auf den ersten Schwerpunkt. Das deutsche Engagement konzentriert sich auf das Management von Schutzgebieten, den Waldschutz, die Förderung einer nachhaltigen Forstwirtschaft und das Ressourcenmanagement sowie auf Umweltpolitik und Umweltstandards.

Dabei geht es zum Beispiel darum, die Wettbewerbsfähigkeit der peruanischen Forstproduktion zu steigern. Dazu soll der illegale Handel mit Tropenholz bekämpft werden und der Anteil des zertifizierten Holzes aus nachhaltiger Bewirtschaftung soll wachsen. Dafür arbeiten Deutschland und Peru auch im Bereich der Berufsbildung für den Forst- und Holzsektor zusammen.

Geografischer Schwerpunkt des deutschen Engagements ist die Tropenregion Ucayali. Deutschland berät auch das peruanische Umweltministerium und die 2014 gegründete nationale Forstbehörde SERFOR, um die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Forstwirtschaft zu verbessern.

Derzeit sind mehr als 17 Prozent des Landes als Schutzgebiet ausgewiesen. Deutschland unterstützt das peruanische Schutzgebietssystem, indem es zum Beispiel die Infrastruktur in Nationalparks finanziert, die Verwaltung von Schutzgebieten und Pufferzonen verbessert und die nachhaltige Finanzierung von Schutzgebieten fördert. Neben der Zentralregierung unterstützt Deutschland auch mehrere Regionalregierungen dabei, Fachwissen für das Management natürlicher Ressourcen und alternative Entwicklungsmodelle für die lokale Bevölkerung aufzubauen.

Beispiel: GIZ-Projekt „Verantwortungsvolle Landpolitik“ – ProTierras Comunales

Im peruanischen Amazonasgebiet leben mehr als 420.000 Angehörige indigener Völker, die ca. 50 Ethnien und angehören. Nur etwa 1.600 der über 2.275 indigenen Gemeinschaften verfügen über offiziell anerkannte Eigentums- und Nutzungsrechte (Gesamtfläche bislang ca. 12,8 Mio. ha). Durch große Infrastrukturprojekte, informellen Bergbau und Siedler aus anderen Landesteilen steigt der Druck auf die indigenen Territorien. Die rechtliche Anerkennung der Landrechte indigener Gemeinschaften ist notwendige Voraussetzung, um deren Ansprüche gegenüber anderen Interessen zu schützen.

ProTierras Comunales soll den Zugang zu Land- und Naturressourcen für indigene Gemeinschaften verbessern durch die Unterstützung der Titulierung indigener Gemeinschaften in den Regionen Ucayali und San Martín sowie durch Verfahrensverbesserungen auf nationaler Ebene.

Das Vorhaben wird in Kooperation mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Bewässerung (Ministerio de Agricultura y Riego, MINAGRI), den für die Titulierung zuständigen regionalen Landwirtschaftsbehörden und den indigenen Organisationen auf nationaler und regionaler Ebene umgesetzt.

Handlungsfeld 1: Das Vorhaben berät MINAGRI und die regionalen Behörden bei der Erarbeitung und Verbesserung von Verfahren zur Landtitulierung und bei der Weiterentwicklung des Rechtsrahmens für kollektive Landrechte. Dies schließt sowohl Verfahren zur Prävention und Schlichtung von Landkonflikten als auch die Unterstützung bei der Entwicklung von interoperablen digitalen Katastersystemen ein.

Handlungsfeld 2: Mitwirkung der peruanischen Zivilgesellschaft, v.a. der indigenen Organisationen, bei der Formulierung bzw. Umsetzung einer verantwortungsvollen Landpolitik. Bei allen Aktivitäten des Vorhabens werden die Rechte und Anliegen indigener Frauen besonders berücksichtigt.

Das Vorhaben ist Teil der Gemeinsamen Absichtserklärung.

Wirkungen: 2018 führte MINAGRI mit dem sogenannten SIC Comunidades das erste offizielle Katastersystem für indigene Gemeinschaften ein. ProTierras Comunales fördert vor allem die Konsolidierung dieses Katastersystems und die Vereinfachung der Titulierungsverfahren. Seit Beginn des Projekts wurden die Titel für 30 indigene Gemeinschaften in Ucayali und 13 in San Martín ausgestellt, von denen 19 bzw. 3 in öffentlichen Landregistern registriert wurden (Stand September 2020).

Gemeinsame Absichtserklärung zwischen Peru, Norwegen und Deutschland

zur "Zusammenarbeit bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen aus Entwaldung und Waldschädigung (REDD+) und Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Peru" (BMUV)

2014 riefen Deutschland und Norwegen eine Partnerschaft mit dem Ziel ins Leben, Peru beim Schutz seiner tropischen Regenwälder zu unterstützen. Ziel ist

- zu einer erheblichen Verringerung der Treibhausgasemissionen aus Entwaldung und Waldschädigung in Peru beizutragen;
- einen Beitrag zur Erreichung des Ziels zu leisten, die Nettoemissionen aus Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in Peru bis 2021 auf Null zu senken, sowie des nationalen Ziels, die Entwaldung bis 2017 um 50% zu reduzieren und danach weitere Reduzierungen vorzunehmen
- zur nachhaltigen Entwicklung der peruanischen Land- und Forstwirtschaft sowie des Bergbaus beizutragen.

Als **allgemeine Grundsätze** wurden u.a. festgelegt:

- Die Partner ermöglichen allen relevanten Interessengruppen, einschließlich lokaler Gemeinschaften, indigener Völker, der Zivilgesellschaft und Frauen, eine umfassende und effektive Beteiligung an der Planung und Umsetzung von REDD+.
- Sie respektieren die Rechte und Vorschläge (als REDD Indígena Amazónico) indigener, vom Wald abhängiger und lokaler Gemeinschaften, ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) zu Vorhaben auf Land zu geben oder zu verweigern, auf das sie gesetzliche, kommunale oder gewohnheitsmäßige Rechte haben. Und sie stellen sicher, dass diese Besitzrechte respektiert werden.
- Angestrebt wird eine proportionale und schrittweise Aufstockung der Finanzierung, der Maßnahmen und der Ergebnisse im Laufe der Zeit auf der Grundlage des Prinzips der leistungsbezogenen Zahlungen. Vollständige Transparenz in Bezug auf Finanzierung, Maßnahmen und Ergebnisse.

Drei Phasen der Partnerschaft:

1. Vorbereitung:

- Messung, Berichterstattung und Überprüfung der Bruttoentwaldung (2014)
- Entwurf und Umsetzung eines Finanzierungsmechanismus (2015)
- Politische Verabschiedung einer nationalen Strategie zur Reduzierung der Entwaldung (Estrategia Nacional de Bosques y Cambio Climático), die alle Verursacher für Entwaldung berücksichtigt (2014)
- Schaffung der wichtigsten Instrumente zur Umsetzung des neuen Waldgesetzes (2015) mit Unterstützung der deutschen technischen Zusammenarbeit und anderer Geber.
- Definition des Referenzemissionsniveaus für Wälder/Waldreferenzniveau (2015)
- Einrichtung eines Systems zur Überwachung, Berichterstattung und Gewährleistung von REDD+ Schutzmaßnahmen (2015)

2. Umsetzung

- Beendigung der Genehmigungen für die Umwandlung von Waldflächen in landwirtschaftliche Flächen (2015)
- Bewertung der Auswirkungen von Entwaldung und Waldschädigung im peruanischen Amazonasgebiet, einschließlich Abholzung, Bergbau, Landwirtschaft und Infrastruktur; Erarbeitung von Empfehlungen für öffentliche Maßnahmen zur Verringerung der Entwaldung und Waldschädigung im Rahmen eines transparenten und integrativen Prozesses, an dem alle relevanten Ministerien sowie die Zivilgesellschaft, indigene und lokale Gemeinschaften beteiligt sind (2015)
- Verringerung der verbleibenden nicht ausgewiesenen Waldflächen um 50 % (2017), wobei die Umwandlung von Waldflächen in Plantagen zu vermeiden ist
- Ausweitung der Legalisierung von indigenem Land, insbesondere von indigenen Gemeinschaften, um mindestens 5 Millionen Hektar (2017): Erteilung von Landtiteln oder Landrechten (einschließlich neuer oder geänderter Flächenzuweisungen). Umfasst auch Eigentumsrechte an landwirtschaftlichen Flächen und forstwirtschaftliche Rechte an Wald- und Schutzflächen.
- Einbeziehung von mindestens 2 Millionen Hektar in die Zahlungen für die Erhaltungsleistung indigener Gemeinschaften (2016)

3. Zahlungen für nachgewiesene Emissionsminderungen (ab 2017)

- Auf der Grundlage der von Peru erzielten Emissionsminderungen leiten die Partner finanzielle Beiträge über das vereinbarte Finanzierungsinstrument weiter.

Finanzvolumen

Norwegen will Mittel in Höhe von 300 Mio. USD zu Perus REDD+-Bemühungen beisteuern, davon bis zu 50 Millionen für Phase 1 und 2. Für Phase 3 verpflichtet sich Norwegen, Peru bis einschließlich 2020 mindestens 250 Mio. USD zu zahlen, wenn Peru die entsprechenden Emissionsreduktionen erbringt.

BMZ und BMUV haben bis 2021 Fördermittel in Höhe von 210 Millionen Euro für Projekte mobilisiert, die die Ziele der gemeinsamen Absichtserklärung verfolgen.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank BID stellt technische Unterstützung bei der Umsetzung zur Verfügung.

Verlängerung und Erweiterung 2021

2021 wird vereinbart, die Partnerschaft bis 2025 fortzuführen. Großbritannien und die USA schließen sich der Absichtserklärung an.

Wichtige Erfolge

- Peru hat das Yavarí-Tapiche-Schutzgebiet (1.100.000 Hektar) errichtet, um gefährdete indigene Gruppen zu schützen, die bisher ohne Kontakt zur Außenwelt tief im Amazonas-Regenwald leben.
- Peru hat im Jahr 2015 einen neuen Nationalpark entlang der Gebirgskette Sierra del Divisor an der brasilianischen Grenze errichtet (1.300.000 Hektar), ein Gebiet mit größtenteils unberührtem Urwald, in dem indigene Gemeinschaften leben, die bisher keinen Kontakt zur Außenwelt hatten.
- Im Rahmen seines nationalen Waldschutzprogramms ist Peru mit indigenen Gemeinschaften Waldschutzvereinbarungen eingegangen, die sich auf eine Fläche von 2.900.000 Hektar Wald beziehen.
- Peru hat indigenen Gemeinschaften das Eigentum an einer Waldfläche in der Größe von mehr als 1.200.000 Hektar übertragen. Indigene Gemeinschaften spielen eine wichtige Rolle beim Schutz der peruanischen Wälder und sind aktiv an der Umsetzung der gemeinsamen Absichtserklärung beteiligt.
- Peru hat neue und regionale Naturschutzgebiete geschaffen und damit 4.800.000 Hektar Wald unter Schutz gestellt. Peru hat ebenfalls Fortschritte bei der Schaffung eines öffentlichen Grundbuchregisters für die Vergabe von Grundstücksrechten erzielt sowie bei der Umsetzung von Gebietseinteilungs-, Flächennutzungsplanungs- und Forstwirtschaftsstrategien und bei der Zuteilung von Waldnutzungsrechten.
- Im Dezember 2020 hat Peru ambitioniertere Emissionsminderungsziele im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris vorgelegt.

Quellen:

<https://www.bmz.de/de/laender/peru>

https://www.giz.de/de/downloads/giz2020_de_factsheet_ProTierras_Comunales.pdf

<https://www.bmuv.de/pressemitteilung/im-einsatz-fuer-den-schutz-des-amazonas-regenwaldes-peru-festigt-internationale-partnerschaft/>

<https://www.regjeringen.no/contentassets/b324ccc0cf88419fab88f2f4c7101f20/declarationofintentperu.pdf>

Gruppe 5

Peru-Solidaritätsgruppe

Ihr seid eine deutsche Solidaritäts- und Aktionsgruppe, die mit peruanischen Partnergruppen und Netzwerken zusammen arbeitet. Eure Schwerpunkte sind: Klimaschutz, ein kritischer Blick auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechtsarbeit.

Die Gruppe ist – nicht in allen Details – darüber informiert, dass ein großer Fonds aufgelegt wurde zum Schutz des amazonischen Regenwaldes in Peru: Die Gemeinsame Absichtserklärung zwischen Peru, Norwegen und Deutschland. Es geht dabei um mehrere Millionen Euro. Ihr habt mehrfach bei den deutschen Ministerien nach näheren Informationen nachgefragt, aber keine Antwort erhalten. Eure Informationen habt Ihr vor allem von peruanischen Partnerorganisationen. Dabei kursieren auch unterschiedliche Zahlen.

Natürlich setzt Ihr Euch auch mit der deutschen Klimapolitik auseinander. Ihr wisst um die ungleich verteilte Verantwortung für die Treibhausgasemissionen zwischen dem Globalen Norden und Süden.

Eure Aufgabe:

- Lest Euch die Informationen durch. Wenn Ihr mehr wissen wollt, könnt Ihr unter den Links weiter gehende Informationen finden.
- Bereitet kritische Fragen und eigene Forderungen vor.
- Formuliert Eure Haltung zur Klimapolitik der deutschen Bundesregierung. (Dabei könnt Ihr Euch auf den einführenden Vortrag heute Morgen beziehen.)
- Überlegt, mit welcher oder welchen Gruppe(n) ihr in der 2. Runde mit welchem Ziel in Verhandlung treten wollt.
- Nach den Verhandlungen stimmt Ihr noch einmal kurz gemeinsam Eure Strategie für das „Forum“ ab.
- Bestimmt zwei Mitglieder Eurer Gruppe, die Eure Haltung und Eure Forderungen in „Forum“ vertreten.
- Euer Statement soll nicht länger als 5 Minuten sein.
- Wenn Ihr wollt, könnt Ihr Euch auch eine kurze kreative/provokante Aktion für das Forum überlegen, mit der Ihr Eure Anliegen deutlich machen wollt.

Die NDC – peruanische Verpflichtungen zum Klimaschutz und ihre Umsetzung

Der peruanische Staat hat sich 2016 verpflichtet, bis 2030 seine Treibhausgasemissionen um 30% zu reduzieren. Das ist eine verbindliche Zusage aus dem Pariser Klimaabkommen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzbeiträge NDCs.

Die Umsetzung scheint jedoch schwierig. Auf nationaler Ebene wurden zwei staatliche Gruppen für die Arbeit an den NDCs eingerichtet: die Multisektorale Kommission von 2015 und die Arbeitsgruppe von 2018. Beide Gruppen hatten die Aufgabe, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu entwickeln und Verantwortlichkeiten für die Erreichung des 30%-Ziels festzulegen. Die Arbeitsgruppe 2018, die nur aus Ministeriumsvertreter*innen besteht, hat 62 Reduktionsmaßnahmen identifiziert, die aber nur 23,3% der peruanischen Treibhausgasemissionen reduzieren würden. So bleibt ein Delta von 6,7% auf die Verpflichtung von 30%. Dies ist bereits eine Verletzung der internationalen Verpflichtung durch den peruanischen Staat.

Nur für 12 von 63 formulierten Voraussetzungen, die die Maßnahmen zur Umsetzung der NDC ermöglichen sollen, sind Haushaltsmittel zur Realisierung vorgesehen.

Im Jahr 2012 machten die Treibhausgasemissionen aus dem Forst- und Landnutzungssektor knapp 51% der nationalen Emissionen aus. Zwischen 2001 und 2020 hat das peruanische Amazonasgebiet 2,6 Mio. Hektar Waldfläche verloren. Trotzdem beziehen sich nur 8 der 62 Minderungsmaßnahmen auf den Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft. Und nur drei von ihnen verfügen über einen durchkalkulierten Etat. Das ist völlig unzureichend.

Die reale Situation der Bekämpfung der Zerstörung des Regenwaldes

Wichtig zu wissen: Aktuell stammen rund 50% der Treibhausgase aus der Abholzung von Wäldern. Zwischen 2001 und 2020 wurden in Peru mehr als 2,6 Millionen Hektar Wald abgeholzt. Zum Vergleich: Mecklenburg-Vorpommern hat eine Fläche von 2,3 Millionen Hektar, Brandenburg von 2,9 Millionen Hektar. Seit der Festlegung der NDC 2016 hat die Abholzung zunächst leicht abgenommen (von 164.700 Hektar 2016 auf 148.000 Hektar 2019). 2020 ist sie dann aber stark angestiegen auf 203.000 Hektar, so viel wie noch nie. Das lag auch daran, dass während des Lockdowns in der Corona-Pandemie weniger Kontrollen stattfanden, da die zuständigen Behörden im „Home office“ waren, die illegale Holzfällermafia aber nicht, und das besonders für den Cocaanbau. Insgesamt wird auf ca. 90.000 Hektar im peruanischen Regenwald Coca angebaut. Die Anbaufläche nimmt trotz Bekämpfung durch staatliche Stellen weiter zu.

Der Waldschutz kann nur positiv greifen, wenn die über 400.000 Angehörige indigener Völker, die im peruanischen Regenwald leben, echt eingebunden sind. Es wurden Gesetze zum nachhaltigeren Umgang mit der Umwelt (Regenwald) erlassen, aber keine wirklichen staatlichen Initiativen umgesetzt, die u.a. wirklich den illegalen Holzabbau, illegalen Bergbau, schädliche Erdölförderung oder industrielle Landwirtschaft im Regenwald unterbinden oder effektiv einschränken.

Das peruanische Verfassungsgericht hat vor kurzem geurteilt, dass das Recht indigener Völker auf Vorab-Konsultation bei Großprojekten, das in der ILO-Konvention 169 festgeschrieben ist, nicht im Einklang mit der peruanischen Verfassung steht. Damit entzieht das Verfassungsgericht den indigenen Völkern ein fundamentales Recht und ein wichtiges Instrument, sich gegen Projekte zu wehren, die ihre Lebensgrundlagen zerstören.

Die Gemeinsame Absichtserklärung (DCI) zwischen Peru, Norwegen und Deutschland

Es gibt einige Informationen auf der Webseite des Bundesumweltministeriums über die DCI. Genauer ist Euch nicht bekannt. Weitere Informationen habt Ihr trotz mehrerer Anfragen nicht erhalten. Ihr kennt weder die genaue Struktur, noch wisst Ihr, wieviel Geld inzwischen wirklich ausbezahlt wurde.

Die Vereinbarung wurde 2014 geschlossen, mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen aus Entwaldung und Waldschädigung zu senken, die Entwaldung bis 2017 um 50% zu reduzieren und die Nettoemissionen aus Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in Peru bis 2021 auf Null zu senken. Wenn Ihr Euch die Zahlen zur Entwaldung ansieht, kommt Ihr zu dem Schluss, dass dieses Ziel gescheitert ist.

Ein wichtiger Grundsatz der Vereinbarung ist, dass alle Partner*innen einschließlich lokaler Gemeinschaften und indigener Völker umfassend und effektiv an der Planung und Umsetzung beteiligt sind. Die Rechte indigener und lokaler Gemeinschaften, vor allem das Recht auf ihr Land und auf Vorab-Konsultation, sollen respektiert werden. Von Vertreter*innen der indigenen Völker hört Ihr, dass dies sehr oft nicht der Fall ist. Es sollen Landtitel an indigene Gemeinschaften über mindestens 5 Millionen Hektar bis 2017 vergeben werden. Die Nachrichtenplattform OjoPúblico hat recherchiert, dass bis 2020 nicht einmal 2 Millionen Hektar titulierte wurden.

BMZ und BMUV haben bis 2021 Fördermittel in Höhe von 210 Millionen Euro für Projekte mobilisiert, die die Ziele der gemeinsamen Absichtserklärung verfolgen. Es ist nicht klar, ob dies zusätzliche Mittel im Rahmen der DCI sind.

Neben der Gemeinsamen Absichtserklärung gibt es auch noch weitere Waldschutzprojekte in Peru, an denen Deutschland direkt oder indirekt beteiligt ist, z.B. das Proyecto de Inversión Pública (PIP) der Weltbank und das Programm PRO BOSQUE. Die sind heute aber nicht Gegenstand der Diskussion.

Politische Handlungsmöglichkeiten

In Deutschland gibt es einige Initiativen und Netzwerke, die auf die deutsche Verantwortung für die Zerstörung des Regenwaldes hinweisen und gesetzliche Grundlagen fordern, damit diese Verantwortung wahrgenommen wird.

Die **Initiative Lieferkettengesetz** hat 2021 erreicht, dass der Bundestag ein deutsches Lieferkettengesetz verabschiedet hat. Es legt fest: Unternehmen, die mehr als 3.000 Beschäftigte haben (ab 2024 mehr als 1.000 Beschäftigte) sind in ihrer Lieferkette für die Einhaltung von Menschenrechten verantwortlich. Dies gilt allerdings nur für einen festgelegten Katalog von Menschenrechten, nur für wenige Umweltrechte und z.B. nicht für den Klimaschutz. Die Verantwortung gilt zwar grundsätzlich für die ganze Lieferkette, bei mittelbaren Zulieferern muss ein Unternehmen aber nur handeln, wenn es Kenntnis über Menschenrechtsverletzungen erhalten hat. Die Initiative Lieferkettengesetz setztb sich jetzt für ein gutes Europäisches Lieferkettengesetz ein, das noch wichtiger ist al sein deutsches. Es gibt bereits einen ersten Entwurf für ein solches Europäisches Gesetz, der weiter geht als das deutsche Lieferkettengesetz: Es gilt bereits für Unternehmen ab 500 Beschäftigten und grundsätzlich für die gesamte Lieferkette, außerdem formuliert es eine umfangreiche Liste an Menschenrechtsverletzungen und bezieht auch den Umweltschutz mit ein, und auch die Verpflichtung der Unternehmen auf einen Klimaschutzplan.

Der **Koordinierungskreis ILO 169** setzt sich für die Achtung der Rechte indigener Gemeinschaften durch die Bundesrepublik Deutschland ein. Die Konvention ILO 169 garantiert indigenen Völkern ihre Rechte auf Erhalt der kulturellen Identität, auf Beteiligung an staatlichen Entscheidungen sowie auf Land und Ressourcen. 2021 hat der Bundestag die international wichtige Konvention ratifiziert. Der Koordinierungskreis wird sich auch über die ILO 169 hinaus für die Rechte der indigenen Gemeinschaften einsetzen. Ein nächster Schritt soll die Umsetzung der ILO 169 innerhalb der deutschen Außenpolitik sein.

Quellen:

<https://www.minam.gob.pe/cambioclimatico/ndc/>

<https://www.bmu.de/pressemitteilung/im-einsatz-fuer-den-schutz-des-amazonas-regenwaldes-peru-festigt-internationale-partnerschaft/>

<https://lieferkettengesetz.de/>

<https://www.ilo169.de/>